

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 18./Dezember 1954

Blatt 2248

Zwei Zusammenstöße und ein Achsbruch

=====

18. Dezember (RK) Freitag nachmittag ereigneten sich fast zur gleichen Stunde auf der Straßenbahn drei Verkehrsunfälle. Gegen 16 Uhr geriet in der Oberen Donaustraße nächst der Augartenbrücke eine Beiwagenmaschine zwischen den Triebwagen und Beiwagen eines Zuges der Linie "132". Der Lenker des Motorrades Herbert Rakonidsch erlitt dabei einen Unterschenkelbruch, der am Sozias mitfahrende Arzt Dr. Martin Baldass einen Schädelgrundbruch. Der verunglückte Arzt war auf der Stelle tot.

Zur gleichen Stunde entgleiste in der Hetzendorfer Straße infolge eines in der Weiche aufgetretenen Gebrechens ein Triebwagen der Linie "62" und fuhr an einen Oberleitungsmast. Fahrgäste kamen dabei nicht zu Schaden. Der dritte Verkehrsunfall ereignete sich in der Sechschimmelgasse, nächst der Galileigasse auf dem Alsergrund. Bei einem Triebwagen der Linie "40" ist ein Achsbruch aufgetreten. Der beschädigte Wagen mußte von einer Rüstwagenmannschaft abgeschleppt werden.

- - -

Wiener Weihnachtsmarkt:Fleisch, Fische, Geflügel und Südfrüchte
=====

18. Dezember (RK) Durch eine verhältnismäßig gute Beschickung der Vieh- und Großmärkte wurde eine ausreichende Versorgung mit Fleisch für die Feiertage zu unveränderten Preisen sichergestellt. Das anhaltend unzureichende Schweineangebot aus dem Inland wurde durch Importe aus Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien ergänzt und damit der Mangel behoben. Ebenso ist die Fischversorgung durchaus befriedigend: 600 Tonnen Seefische und 200 Tonnen Süßwasserfische, vorwiegend Karpfen, stehen für den Weihnachtstisch bereit. Bei der zunehmenden Zuwendung der Verbraucher zum Seefischkonsum wurde vor allem für ausreichende Seefischimporte aus Deutschland, Norwegen und Dänemark gesorgt. Die Fischpreise blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Belieferung des feiertäglichen Tisches mit Geflügel wurde durch größere Geflügeleinfuhren aus Ungarn, Polen und Jugoslawien ausreichend ergänzt. Es wurden etwa 800 Tonnen verschiedenes Geflügel importiert. Gänse, Enten und Hühner wird es in genügender Menge geben, und zwar erfreulicherweise zu Preisen, die gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Änderung zeigen.

Dank der günstigen Wetterlage in der letzten Zeit und der fortlaufend einlangenden Importe sind die Gemüsemärkte anhaltend befriedigend beliefert. Auch hier blieb die Preislage stabil. Zu den Feiertagen interessiert vor allem das Salatangebot. Neben geringen Mengen inländischen Salates gibt es italienischen Häuptel- und Bummerlsalat und französischen Häuptelsalat. Dazu kommen für die Salatbereitung noch Chinakohl, Sellerie, inländischer und italienischer Karfiol und schließlich noch Karotten in Betracht. In der Kartoffelversorgung hat sich die Lage seit längerem durch die getroffenen Maßnahmen stabilisiert, sodaß mit keinerlei Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Der Obst- und Agrumenmarkt ist gegenwärtig durch ein starkes Angebot von Orangen, vor allem von billigen italienischen Orangen gekennzeichnet. Die Preise liegen wesentlich unter jenen in der Weihnachtszeit des Vorjahres. Gut ist auch das Angebot an inlän-

dischen Äpfeln. Obwohl die Preise gegenüber dem Vorjahr unverändert sind, ist der Absatz im allgemeinen als mäßig zu bezeichnen. Bekanntlich wurde in letzter Zeit die Einfuhr von 50 Waggons Äpfeln genehmigt, wobei vor allem die beliebten Sorten Kalterer und Morgenduft aus Italien eingeführt werden sollen, damit den Wünschen der Verbraucher nachgekommen werden kann. Trockenfrüchte, wie Nüsse, Haselnüsse, Johannisbrot, Feigen, Datteln, wurden fortlaufend eingeführt, sodaß auch in dieser Beziehung allen Anforderungen entsprochen werden kann. Zu weitaus niedrigeren Preisen werden Bananen aus den verschiedensten Herkunftsländern angeboten. Für den Wiener Weihnachtsmarkt wurde also auch heuer gut vorgesorgt.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====Geschäftsgruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete um 9 Uhr die Sitzung. Zur Verhandlung steht die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

Stadtrat Dr. Ligsch (SPÖ) wird sich auf einige ergänzende Zahlen beschränken, da Stadtrat Resch bereits eine ausführliche Schilderung der Ansätze auch für diese Gruppe gegeben hat. In der Hoheitsverwaltung steigt der Personalaufwand um 113 Millionen Schilling. Hievon entfallen auf die Bezüge der Aktiven, einschließlich der Nebenbezüge, 63 Millionen Schilling, auf die Bezüge der Pensionisten 40 Millionen Schilling und auf die Sozialversicherungsbeiträge 9,8 Millionen Schilling. In die Ansätze sind auch die Gehalts- und Bezugserhöhungen aufgenommen, die durch die dritte Etappe des Nachziehverfahrens entstehen. Ferner sind darin auch alle Steigerungen der Bezüge, die sich durch Vorrückungen ergeben, untergebracht. Die Zahl der Aktiven beträgt 33.135. Sie hat eine Verminderung um 1.334 erfahren. Die Zahl der Pensionisten hat sich um 372 erhöht. Die Steuerermäßigung ab Jänner 1955 und die dritte Etappe der Entnivellierung ab Juni 1955 werden sich bei den Bezügen bemerkbar machen. So betrug zum Beispiel das Gehalt eines Straßenbahners mit 6 Dienstjahren im Schema I, I/4 im Oktober 1954 1.157 Schilling und wird sich durch die dritte Etappe der Entnivellierung im Juni 1955 auf 1.223 Schilling erhöhen. Das Gehalt eines Facharbeiters (I/3) unter den gleichen Voraussetzungen wird sich von 1.232 auf 1.320, das eines Kanzleibeamten (D/VI/5) von 1.157 auf 1.223, das eines Verwaltungsbeamten (B/VI/7) von 1.364 auf 1.487 und das eines Akademikers (A/V/3) von 2.027 auf 2.244 Schilling erhöhen.

Bei den Städtischen Unternehmungen wurde der Personalstand um 175 vermindert, während sich die Zahl der Pensionisten um 399 erhöhte.

./.

Jeden Monat 1.000 Aufnahmegesuche

Die Gemeinde Wien hat auch die Forderung nach der Einstellung von Jugendlichen erfüllt. Die Stadtwerke haben 144 Jugendliche, davon 77 weibliche, aufgenommen, und das Stadtgartenamt 30, also zusammen 174 Jugendliche. Außerdem wurden in der Hoheitsverwaltung 588 und in den Unternehmungen 877 Bedienstete neu aufgenommen, zusammen also 1.465. Als Saison- und Aushilfskräfte waren 2.002 Personen eingestellt worden, insgesamt wurden 3.641 verwendet. Nach wie vor hat der öffentliche Dienst eine große Anziehungskraft. Monatlich laufen ungefähr 1.000 Gesuche um Aufnahme bei der Gemeinde Wien ein.

Stadtrat Dr. Migsch machte sodann einige grundsätzliche Bemerkungen über die Art, in der er seine Geschäftsgruppe zu führen gedenkt. Er könne noch kein großes Reformprogramm vorlegen, schon deshalb nicht, weil er erst vor einer Woche dieses Amt übernommen habe. In diesen acht Tagen sei eine wahre Sturzflut an Arbeit hereingebrochen, die bewältigt werden mußte. Die Personalkommission und der Personalausschuß mußten sich mit 400 Geschäftsstücken beschäftigen, die seit den Gemeinderatswahlen im Oktober aufgelaufen sind. Dazu kommt noch eine Bewegung, vor allem bei den Unternehmungen, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft erforderte. Es wurde nun mit der Gewerkschaftsleitung vereinbart, daß die ersten Vorbesprechungen am Mittwoch kommender Woche aufgenommen werden sollen.

Personalwesen - ein "heißes" Referat

Ein Personalreferent sei nie in der Lage, auf große Leistungen hinzuweisen, führte Stadtrat Dr. Migsch weiter aus. Seine Funktion liege nicht darin, große Leistungen im Dienste der Allgemeinheit zu vollbringen, sondern vielmehr darin, ein gut funktionierendes, jederzeit bereites und fachlich geschultes Verwaltungspersonal bereitzustellen, damit die anderen Organisationen in der Gemeindeverwaltung in der Lage sind, ihre Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit gut zu erfüllen. Der Personalreferent ist die Person, mit der niemand zufrieden ist. Sagt er zu den Wünschen des Personales immer Ja, dann taugt er für diesen Posten

nicht, denn dann kommen der Finanzreferent und die anderen Stadträte und sagen, daß sie die Mittel für viel wichtigere Aufgaben, für den Wohn-, Straßen-, Schul-, Brückenbau, für die Fürsorge usw. benötigen. Es ist selbstverständlich, daß jedes Ressort bestrebt ist, aus den dem Finanzreferenten zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst viel zu erhalten. Hier muß der Finanzreferent zwischen den Bedürfnissen der Allgemeinheit und den Bedürfnissen der Verwaltung abwägen und ausgleichen. Das Personalreferat sei auch deswegen ein "heißes" Referat, weil viele Fragen auf die politische Ebene gebracht werden. Er werde sich jedoch stets bemühen, allen Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden und der Verwaltung ein gut funktionierendes und fachlich geschultes Personal zur Verfügung stellen. Er bringe den guten Willen dazu mit und einige Erfahrung als Beamter der Gemeinde Wien und auch als Gewerkschaftsfunktionär.

Der Mensch ist das Maß aller Dinge

Stadtrat Dr. Migsch kommt sodann auf die Auswahl der Beamten zu sprechen und ersucht den Gemeinderat, in den Personalfragen keine politischen Angelegenheiten zu erblicken. Hier handelt es sich durchaus um eine menschliche Frage. So wie der Arzt in einem Spital den Blinddarm weder sozialistisch, noch volksparteilich, noch volksdemokratisch herausnehmen kann, ist es in allen Bereichen der Verwaltung. Auch wie man technisch Häuser baut, ist keine Frage der Politik, sondern eine Frage des Könnens und der Fähigkeit. Meine Aufgabe wird darin bestehen, sagt der Referent, den richtigen Mann, aber auch die richtige Frau auf den rechten Platz zu stellen. Ich werde niemals Begabung, Leistung und Hingabe an den Dienst durch ein Parteibuch irgendwelcher Art ersetzen lassen. (Vizebürgermeister Weinberger: Bravo!) Ich sehe meine Aufgabe auch darin, den Kindern aus unbemittelten Familien, den Kindern aus Arbeiterfamilien den Weg in den Dienst der Gemeinde Wien zu ebnen, falls sie die fachlichen Voraussetzungen aufbringen.

Wir müssen Methoden der Menschenführung suchen, die der demokratischen Grundeinstellung entsprechen. Der Mensch muß das Maß aller Dinge bleiben.

Appell an die Bediensteten

Ich fühle mich auch verpflichtet, einen Appell an die Pflichterfüllung und an die Besonnenheit unserer Angestellten zu richten. In dem Augenblick, in dem zum Beispiel der Straßenbahner **pragmatischer** Angestellter geworden ist, hat er ebenso die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wiener Bevölkerung die Verkehrsmittel benutzen kann, wie diese Pflicht den Generaldirektor der Stadtwerke trifft. In dieser Pflichterfüllung bestehen keinerlei Unterschiede vom Stadtrat bis zum Straßenbahner. Die städtischen Angestellten waren auch in schweren Zeiten stets bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen. Was wir wollen, ist, daß auch unsere öffentlichen Angestellten mit der gleichen Hingabe und mit der gleichen Pflichterfüllung im Dienste Wiens und der Wiener Bevölkerung stehen. Was wir wollen, ist Gerechtigkeit gegen jedermann. Was wir wollen, ist, auch auf dem Gebiete der Personalverwaltung zu zeigen, daß die Methoden der demokratischen Menschenführung, der Auslese der Begabten jenen Gesellschaftsformen überlegen sind, die mit den Methoden der Autorität und der Autokratie arbeiten (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Debatte über das Personal

GR.Dr. Soswinski (VO) betont, die Opposition habe in ihrem jahrelangen Kampf um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeindebediensteten und mit ihren zeitgerecht gestellten Forderungen, die damals immer als Demagogie hingestellt worden seien, grundsätzlich recht behalten. Alle paar Monate mußte irgendeiner Forderung, die die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieser Stadt stellten, teilweise Rechnung getragen werden. Das 13. Monatsgehalt wurde in der Zwischenzeit bewilligt, eine Entnivellierungsetappe vorverlegt und die Kriegslohnsteuer weitgehend abgebaut. Erst dann könne man von Pflichten der Bediensteten sprechen, wenn man ihnen das Leben ermögliche. Seine Fraktion habe immer wieder darauf verwiesen, daß die Gemeindebediensteten mit ihren Löhnen und Gehältern nicht das Auslangen finden können.

Die Masse der Bediensteten sei nicht an einer Entnivellierung, sondern an einer Valorisierung der Bezüge interessiert. Das Entnivellierungsverfahren sei nur ein Spannungsausgleich und keine Abgeltung der eingetretenen Teuerung gewesen.

Die Bediensteten der Stadt verlangen, daß auch für sie die Teuerung abgegolten werde. Die Aufgabe einer sozialen Gemeindeverwaltung müsse es sein, alle Möglichkeiten zu suchen, um den Bediensteten der Stadt ein immer besseres Leben zu sichern. Die für eine Vorziehung der letzten Entnivellierungsetappe nötige Summe sei im Budget vorhanden und leicht zu beschaffen. Der Redner fordert in einem Resolutionsantrag den Stadtrat für das Personalwesen auf, unverzüglich mit der Gewerkschaft in Verhandlungen über die Vorziehung der letzten Etappe der Entnivellierung einzutreten. Das Ziel soll sein, die für den 1. Juni 1955 in Aussicht genommene letzte Etappe womöglich schon am 1. Jänner durchzuführen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit geschaffen werden, über die anderen seit langem erhobenen Forderungen der städtischen Bediensteten zu verhandeln und Wege zu finden, um sie ehestens zu erfüllen. Die Angleichung der Nebengebühren an die gestiegenen Preise sei besonders dringlich.

GR. Dr. Soswinski setzt sich weiter dafür ein, den Bediensteten der Gemeinde zur Abgeltung der Teuerung noch vor Weihnachten einen halben Monatslohn, mindestens 500 Schilling, auszuzahlen. Die Gemeinde müsse diese Überbrückungshilfe gewähren, um wieder ihr Gesicht herzustellen. Er legt einen diesbezüglichen Beschlußantrag vor, erklärt sich aber bereit, diesen Antrag, da es sich für ihn um keine Prestigefrage handelt, sofort zurückzuziehen, wenn der Sprecher der Sozialistischen Partei einen Antrag einbringt, der den Gemeindebediensteten den gleichen materiellen Vorteil bringt.

In Österreich steige durch die ständig wachsende Produktivität auch die Ausbeutung der Arbeiter. Leider ist diese Ausbeutung bei den Betrieben der Gemeinde Wien ebenso groß wie in jeder privaten Schinderbude.

Besonders bei der Straßenbahn wurde der Dienst verschlechtert. Es muß daher bei der Straßenbahn eine Vermehrung des Personals mit einer menschenwürdigen und der Schwere des Dienstes entsprechenden Entlohnung Hand in Hand gehen. Besonders benachteiligt seien die Schaffnerinnen, die grundsätzlich nicht pragmatisiert werden. Diese schlechte Einstellung gegenüber den Frauen zeige sich auch darin, daß der seinerzeit bei einer Reihe von Dienststellen bestandene bezahlte Wirtschaftstag wieder abgeschafft wurde. Er müsse ihnen wenigstens einmal im Monat gegeben werden, damit sie ihren Haushalt so in Ordnung bringen können, wie eine Frau, die nur ihren Haushalt führt. Auch die Regelung der Frage der Nebenbezüge, wie zum Beispiel Außendienst- und Monturzulage, müsse in kürzester Zeit erfolgen. Die Personalreserven seien so einzusetzen, daß im Falle von Krankheit oder Urlaub die Fehlenden nicht zur Gänze von ihren Kollegen ersetzt werden müssen. Den Kindergärtnerinnen und Krankenschwestern müsse ein Vorwärtskommen ermöglicht werden, denn mit der Neigung allein können sie das Auslangen nicht finden, sie brauchen auch ein reales Fundament. Die unsozialen Disziplinarvorschriften, die dazu führen, daß die Kommissionen oft wie zur Zeit der Leibeigenschaft funktionieren, und das Strafsystem müssen beseitigt und durch moderne, den demokratischen Grundsätzen entsprechende ersetzt werden. Die Sonn- und Feiertagszuschläge für die Gemeindebediensteten müssen gleich hoch gehalten werden wie jene für die Privatwirtschaft.

Da in den Budgetansätzen bisher noch keine Vorsorge dafür getroffen worden ist, daß die dritte Etappe der Entnivellierung auf den 1. Jänner 1955 vorgezogen wird, daß die derzeitige Teuerung durch eine Sonderzulage abgegolten wird und daß die Nebengebühren auf den gegenwärtigen Preisstand gehoben werden, könne die VO den Ansätzen des Kapitels Personal nicht zustimmen.

GR.Dr. Freytag (ÖVP) weist zunächst auf den "starken Verschleiß" von Stadträten für das Personalwesen hin. Der neue Stadtrat ist selbst Gemeindebediensteter und früher Gemeindebediensteter gewesen. Diese Tatsache erwecke bei den Bediensteten der Stadt Wien unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit große Hoffnungen.

Die Bedeutung der Beamten für den Staat wird von breiten Schichten der Bevölkerung noch immer nicht im richtigen Maß erkannt. Es muß auch Aufgabe einer Verwaltung sein, zum Verständnis für die Beamten beizutragen. Die schlechte Bezahlung der Bediensteten ist allerdings schon ein Begriff geworden. Wenn Stadtrat Resch von einer 27prozentigen Gehaltserhöhung gesprochen hat, so muß man auch bedenken, daß es sich um schlechtest bezahlte Menschen handelte.

Der Redner gab jedoch zu, daß in der letzten Zeit für die Beamten durch die Entnivellierung und durch die Steuersenkung einiges geschehen ist. Er dankte in diesem Zusammenhang Finanzminister Kamitz, der volles Verständnis für die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft gezeigt hat (Beifall bei der ÖVP).

Ein weiterer Fortschritt ist in der Familiengesetzgebung zu sehen. Hier handelt es sich entschieden um ein Verdienst der ÖVP. Auch das Gehaltsgesetz, das in Vorbereitung ist, soll den Bediensteten weitere Vorteile bringen.

Der Redner bedauert die mangelnde Zusammenarbeit, die im Gegensatz zum Parlament, hier im Wiener Gemeinderat herrscht. Bürgermeister Jonas hat in seiner Antrittsrede gesagt, die Gemeinde wird ein einsichtiger und sozialer Dienstgeber sein. Es zeigt sich jedoch, daß bei der Gemeinde zur Verwirklichung dieses Satzes einiges fehlt. Eine alte Forderung zum Beispiel, die noch immer unerfüllt ist, bedeutet der Stellenplan, der nach wie vor nicht herausgebracht wurde. Was die Dienstbeschreibung anbelangt, so wollen die Angestellten, daß in gewissen Abständen solche Dienstbeschreibungen abgefaßt werden; sie verlangen aber auch, daß eine Einsichtnahme möglich ist und eine Beschwerdemöglichkeit zusteht. Beim Bund und bei der Post gibt es diese Einrichtung bereits. Selbst bei der Gemeinde Wien hat 1912 bis 1918 diese Einrichtung bestanden.

Der Redner lenkte ferner das Augenmerk des Amtsführenden Stadtrates auf das Mißverhältnis zwischen den verzinslichen Vorschüssen und den unverzinslichen Darlehen. Er wendet sich gegen die Abhaltung von Sammlungen für politische Parteien innerhalb der Dienstzeit in den Diensträumen. Der seinerzeitige Bürgermeister Dr. Körner hat den Standpunkt vertreten, daß

Sammlungen für politische Zwecke grundsätzlich verboten, Sammlungen humanitärer Art nur dann erlaubt sind, wenn der Dienstbetrieb nicht darunter leidet und kein Zwang ausgeübt wird.

Zum Kapitel Neuaufnahmen sagte Dr. Freytag, es sei seit Jahren unmöglich, einen Akademiker, der nicht gewissen Voraussetzungen entspricht, bei der Gemeinde unterzubringen. Ebenso verhält es sich bei den Saisonarbeitern.

Die Versetzungen werden gleichfalls in der Praxis nicht so gehandhabt, wie es einem einsichtsvollen Dienstgeber entsprechen würde. Da ist zum Beispiel ein hoher Beamter in Pension gegangen, aber nicht sein Stellvertreter wird zum Nachfolger ernannt, weil er ein "Schwarzer" ist, sondern ein anderer aus einer anderen Abteilung. Auch bei den Beförderungen ergeben sich Unzukömmlichkeiten. Bei den Disziplinarverfahren wiederum ist es nicht schön, wenn der "Angeklagte" bereits vorher als "zum Tode verurteilt" gilt. Hier sollte doch größere Vorsicht geübt werden. Man sollte sich im Rahmen der Verwaltung um wirkliche Gerechtigkeit bemühen und auch jenen das gleiche Recht angedeihen lassen, die nicht der Mehrheitspartei angehören.

Schließlich brachte der Redner noch die Wünsche einzelner Gruppen vor, so die Forderung nach dem Akademikerurlaub, nach einem zusätzlichen Urlaub und nach Erhöhung der Zulage für die Invaliden des Ersten Weltkrieges, nach Besserstellung der Kindergärtnerinnen, der Apothekerinnen, der Bibliothekare und der Amtsvormünder.

Zum NS-Problem führte Dr. Freytag grundsätzlich aus, es sei seiner Meinung nach unmöglich, daß man Menschen, die unter diesen Personenkreis fallen, so ungleichmäßig behandelt hat und teilweise jetzt noch behandelt. Es ist nicht einzusehen, warum die Lösung, wie sie beim Bund gefunden wurde, nicht auch bei der Gemeinde möglich sein soll. Warum, so fragt Dr. Freytag, befleißigt sich gerade die Gemeinde Wien diesen Personen gegenüber einer besonderen Härte?

Zusammenfassend, meint der Redner, es bleibe also noch einiges auf dem Gebiete des Personalwesens zu tun. Es müßte wirklich möglich sein, daß wir zum Wohl der Beamten und zur Hebung der Freude am Dienst und des Eifers der Beamten einige Verbesserungen durchführen. Es wird eine dankenswerte Aufgabe des neuen Stadtrates sein, die Personalpolitik der Stadt Wien ./.

so zu gestalten, wie sie sich die Bevölkerung vorstellt.

Abschließend dankte der Redner allen Angestellten der Stadt Wien für die manchmal unter schwierigsten Umständen geleistete Arbeit (Beifall bei der ÖVP). Er gab die Zustimmung zu den Ansätzen des ersten Hauptstückes.

GR. Schiller (SPÖ) bezeichnet die zur Debatte stehende Verwaltungsgruppe als ein besonders schwieriges Kapitel, da jede der rund 340 Beschäftigtengruppen eigene Wünsche und Forderungen hat. Diese besonders hervorgehobenen Wünsche mögen wohl teilweise ihre Berechtigung haben. Ich glaube aber nicht, daß damit, wenn man jeder dieser Gruppen ihre Wünsche erfüllen würde, eine Lösung gefunden werden kann, weil dann im Vergleich der Gruppen zueinander Unzufriedenheit entstehen würden. Es wurde im Jahre 1946 einvernehmlich beschlossen, für die gesamten öffentlichen Bediensteten ein gemeinsames Gehalts- und Lohnrecht durchzuführen. An diesem Grundsatz wollen wir auch festhalten. Dem Wunsch nach Sonderregelungen für einzelne Gruppen kann man nur dann nachgeben, wenn sie als Grundlage für Forderungen der Allgemeinheit durchgesetzt werden sollen. Wir haben uns auch festgelegt, neben diesem gemeinsamen Dienst- und Gehaltsrecht ein gemeinsames Sozialrecht für sämtliche Bedienstete der Gemeinde Wien zu schaffen. Diese drei Grundsätze wurden anerkannt und im Fundament geschaffen. Am Ausbau dieser drei Säulen wird dauernd gearbeitet und verbessert. Dieses gemeinsame Dienstrecht hat auch die Pragmatisierung für die Arbeitergruppen mit sich gebracht. Diesen bedeutenden Fortschritt dürfe man nicht außer acht lassen, wenn man wie heute über Fragen des allgemeinen Lohnrechts diskutiert. Das Gehaltsrecht wurde einvernehmlich mit dem für die Bundesangestellten erstellt. Es steht in seinen Grundzügen fest, wird jedoch ständig weiter ausgebaut und verbessert. Es sind augenblicklich Verhandlungen angesetzt, die Verbesserungen vorsehen. Auch bei Zulagen, die heute oft unterbewertet sind, wird der Versuch unternommen, eine Regelung zu schaffen. Auf dem Gebiete des Sozialrechtes wurden gemeinsame Grundsätze geschaffen. Auch hier sind noch offene Wünsche, so gibt es zum Beispiel bis heute noch keine obligatorische Pflicht zur Krankenversicherung.

Wenn davon gesprochen wurde, warum Kurzschaffnerinnen nicht der Pragmatik unterstellt werden, ist zu sagen, daß die ärztliche

Wissenschaft erklärt, eine Schaffnerin könne ihren Beruf nicht durch längere Zeit ausüben. Zu den Vorwürfen, daß Kurzschaffnerinnen mißbraucht werden, indem sie zwei Touren nacheinander fahren, muß erwidert werden, daß dies auf ihren eigenen Wunsch geschieht, da sie dadurch einen ganzen freien Tag gewinnen.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in den Jahren, seit die Sozialisten wieder im Rathaus verwalten, der Personalstand um rund 10.000 verringert wurde. Dies geschah ohne Abbauwelle und unter Vermeidung sozialer Härten. Trotz der verringerten Zahl an Bediensteten haben sich die Gehaltsansätze nicht verringert, sondern sogar etwas erhöht. Dies ist ein Gegenbeweis gegen die Vorwürfe, daß die Gemeindebediensteten zu den am schlechtesten entlohten Gruppen gehören. Wenn die allgemeinen Löhne der Arbeiter und Angestellten in allen Zweigen der Industrie und Wirtschaft und auch die der Gemeindebediensteten in diesem Zusammenhang als zu gering bezeichnet werden, können wir dies nur unterstreichen. Man darf aber nicht sagen, daß die Gemeindebediensteten schlechter daran sind als die anderen, denn das ist nicht richtig. Es muß der Versuch unternommen werden, das Gesamtniveau der arbeitenden Menschen in diesem Lande zu heben und die Kaufkraft zu steigern. Zu dieser Aufgabe bekennt sich die Sozialistische Fraktion dieses Hauses bedenkenlos (Beifall bei der SPÖ).

Dem Problem der Randgemeinden komme vom Personalsektor aus große Bedeutung zu. Es sollen dort 1.600 Bedienstete vom Land Niederösterreich übernommen werden. Es zeigen sich hier aber große Schwierigkeiten, denn Niederösterreich kommt seinen Verpflichtungen nicht nach. Hier ergibt sich eine große Gefahr für die Gemeinde Wien, die zu großen Personalüberständen führen könnte, wenn die neugeschaffenen Gebietskörperschaften der Randgemeinden ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Die Gemeinde Wien war so großzügig, auf eine Rückerstattung aller in diesen Gebieten durchgeführten Investitionen zu verzichten. Es müßten hier alle interessiert sein, das Personalproblem zu lösen.

Es wurde auch viel von der Bewegung gesprochen, die einen Teil der Gemeindebediensteten erfaßt hat. Heute von diesen Forderungen zu sprechen, erscheine jedoch nicht zweckmäßig, weil mit den Gewerkschaften für die nächste Zeit Verhandlungen vorgesehen sind. Es wird ein Weg gesucht und gefunden werden und mit

einigem guten Willen wird man auch hier einen Ausgleich schaffen können. So lange der Verhandlungsweg offen ist, mögen daher alle Bediensteten von irgendwelchen gewerkschaftlichen Aktionen absehen.

Zu den von GR.Dr. Soswinski angeführten Sonderzahlungen in den Bundesländern ist zu sagen, daß die Gewerkschaft auf dem Standpunkt steht, was dem arbeitenden Menschen **gebührt**, das soll er auch rechtmäßig bekommen und nicht in Form irgend einer Gnadengabe.

Wiederholt wurde auch die Einführung eines Wirtschaftstages verlangt. Wir lehnen diesen Wirtschaftstag jedoch ab, weil bei der Gemeinde der Grundsatz gleiches Recht für Mann und Frau bei gleichem Lohn gelte, die Gewährung eines Wirtschaftstages jedoch eine Bevorzugung der Frauen bedeuten würde.

Alle Zulagen, soweit sie auf Mehrdienstleistungen aufgebaut sind, wurden voll erhöht/^{und}nachgezogen. Im heurigen Sommer konnte eine entscheidende Verbesserung einer Reihe von Zulagen erwirkt werden, so zum Beispiel die Zulagen für die Schwestern in den Anstalten usw. Einige Zulagen sind bestimmt noch reformbedürftig, sie werden jedoch korrigiert werden.

Zu den vom GR.Dr. Freytag kritisierten Sammlungen in den Ämtern erklärt der Redner: Die Gemeindeverwaltung und auch die Sozialistische Partei hat keine allgemeine Sammlung durchgeführt. Diese Sammlungen erfolgen durch den Vertrauensmännerapparat der Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter bei jenen Bediensteten, die mit den Sozialisten sympathieren und ihnen nahe stehen. Diese Sammlungen werden wir auch weiterhin durchführen und sie uns nicht verbieten lassen. Wir werden diese Sammlungen niemals auf alle Bediensteten ausdehnen, aber wenn sozialistische Gewerkschafter zu ihren Parteifreunden gehen, so ist das keine offizielle Sammlung. (GR.Mühlhauser: Während der Amtszeit in den Amtsräumen! Das ist ein Standpunkt eines Gewerkschafters!) Wir werden uns das Recht auf diese Sammlungen niemals streitig machen lassen (Beifall bei der SPÖ).

Die Mehrheitspartei dieses Hauses ist sich ihrer Aufgabe dem Personal gegenüber bewußt. Sie kennt die Mängel und Schwächen. Sie ist dauernd bemüht und bereit, verbessernd an diesem Gebäude zu arbeiten. Auf diesem Wege werden wir weiterschreiten. Wir

werden auch weiterhin an den drei Säulen in unseren Grundsätzen festhalten, die da heißen: gemeinsames Dienstrecht, gemeinsames Lohnrecht und gemeinsames Sozialrecht. Das Fundament dazu ist gelegt. Es auszubauen und noch wohnlicher einzurichten, wird die Aufgabe der sozialistischen Fraktion auch in der Zukunft sein. Aus diesem Grunde stimmen wir den Ansätzen dieser Gruppe zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dr. Migsch erklärt in seinem Schlußwort zu den Forderungen Dr. Soswinskis, daß diese eine Empfehlung an die Gewerkschaft darstellen und es dem Gemeinderat nicht zukomme, der Gewerkschaft Zensuren zu erteilen. Zu der Kritik an der behaupteten Ausbeutung der Schaffnerinnen betont er, daß es eben Verkehrsspitzen gibt, die im Interesse der Bevölkerung bewältigt werden müssen. Er halte die Einrichtung der Kurzschafterinnen für eine der sozialsten und vernünftigsten Maßnahmen der Stadtwerke. Tausende verheiratete Frauen würden sehr gerne einen zusätzlichen Verdienst erwerben, sie können aber aus der Verpflichtung gegenüber ihrem Haushalt und ihren Kindern nicht eine regelmäßige achtstündige Arbeitszeit erfüllen. Die Einrichtung der Kurzschafterinnen helfe diesem sozialen Bedürfnis ab. Niemals wollen und sollen diese Frauen in ein pragmatisches Verhältnis kommen, denn sie wollen nur einen zusätzlichen Verdienst erwerben.

Der Stadtrat verweist in seinen weiteren Ausführungen darauf, daß die Gemeindeangestellten, solange die Verwaltung sozialistisch geführt ist, nie zu Streiks und gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zu greifen brauchten. Das Disziplinarverfahren dürfe nie zum Schutze derjenigen dienen, die bewußt und absichtlich ihre Pflicht verletzen. Bei zu großer Nachsicht wäre der einsatzbereite und opferfreudige Bedienstete der Dumme. Die Disziplinarkommissionen seien absolut demokratisch zusammengesetzt.

Der Referent bezeichnet das einheitliche Gehaltsrecht vom Bodensee bis zum Neusiedlersee als eine sehr weise Maßnahme. Er erklärt sich gerne bereit, mit den freigewählten Vertretern der Gewerkschaft zu verhandeln, lehnt es aber ab, eine wilde Aktion anzuerkennen. Für die freigewählten Vertreter der Gewerkschaft werde er zu Verhandlungen über alle Fragen des Dienstes und

über alle Sorgen, die sie bedrücken, zu jeder Tages- und Nachtstunde zur Verfügung stehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zur Kritik an den Sammlungen in Ämtern und Betrieben bemerkt er, daß es sich dabei eigentlich um eine Lappalie handle, die der vielen Worte gar nicht wert sei. Jeder öffentlich Angestellte sei auch Staatsbürger und habe das Recht, einer Partei anzugehören. Die Verwaltung habe daher keinen Anlaß, dem Menschen diese staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen. Selbstverständlich müsse man verlangen, daß niemand zu einer Spende gezwungen wird, es sei jedoch nichts dagegen einzuwenden, wenn Kollegen untereinander diskutieren und auch sammeln.

Mit der Anstellung der Saisonarbeiter erfülle die Gemeinde gleichfalls eine soziale Funktion und eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Mindestens die Hälfte der eingestellten Saisonbediensteten sei mindererwerbsfähig und könnte in anderen Berufen nicht unterkommen.

Ich habe die Absicht, sagt Stadtrat Dr. Migsch, alle Fragen nicht politisch, sondern rein fachlich zu sehen. Ich möchte abschließend den Dank an alle Beamten, Arbeiter und Angestellten der Gemeinde aussprechen, die im letzten Jahr unter Einsatz ihres Könnens und Wollens der Stadt Wien die Truuegehalten und Leistungen vollbracht haben, die Wien zu dem gemacht haben, was es heute ist. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die beiden Resolutionsanträge Dr. Soswinski werden auf Vorschlag des Referenten abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen im 6., 7.

und 11. Bezirk

18. Dezember (RK) In Vertretung des Bürgermeisters nahm heute vormittag der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch die Angelobung der neugewählten Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher in Mariahilf, auf dem Neubau und in Simmering vor. Nach einer Ansprache von Stadtrat Afritsch, der den neugewählten Körperschaften die Grüße der Stadtverwaltung überbrachte, haben die neugewählten Bezirksvorsteher Erklärungen über die Tätigkeit der nach zwanzigjähriger Unterbrechung wieder gewählten Bezirksvertretungen abgegeben. Die konstituierenden Sitzungen in den Bezirken wurden mit Ansprachen von Vertretern der politischen Parteien abgeschlossen.

In Mariahilf wurde Rudolf Krammer (ÖVP) zum Bezirksvorsteher, Hofrat Dr. Franz Löwner (SPÖ) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Im 7. Bezirk wurden gewählt: zum Bezirksvorsteher Franz Friedrich Glamm (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hans Binder (SPÖ), im 11. Bezirk zum Bezirksvorsteher Josef Haas (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Zahalka (ÖVP).

Am Montag, dem 20. Dezember, werden folgende Bezirksvertretungen konstituiert: 9. Bezirk 8 Uhr, 10. Bezirk 9.30 Uhr, 12. Bezirk 11 Uhr, 13. Bezirk 15 Uhr, 23. Bezirk 16.30 Uhr, 14. Bezirk 18 Uhr.

- - -

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

18. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 24. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Dienstag, dem 21. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.35 Uhr vom Südbahnhof abzuholen.

- - -

Geschäftsgruppe III: Kultur und Volksbildung
=====

Der Gemeinderat geht sodann zur Beratung der Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, über.

Stadtrat Mandl (SPÖ) verweist darauf, daß diese Verwaltungsgruppe nun ein völlig anderes Gesicht zeigt und alle jene Rubriken und Geldmittel zusammengefaßt wurden, die seit eh und je zum Kapitel Kultur und Volksbildung gehören. Während ich mich darüber freue, haben gestern die Redner der beiden anderen Parteien sauer darauf reagiert. Das ist begreiflich, weil nun in aller Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, was die Stadt Wien für ihren Kulturbereich leistet. Da nun auch die Schulabteilung, das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei dieser Verwaltungsgruppe eingegliedert wurden, rundet sich das Bild des gesamten Kulturaufwandes und hält dieses Budget bei 200 Millionen Schilling.

Somit ist eine reelle Vergleichsbasis mit den anderen Bundesländern gegeben, und die Kritiker werden es in Zukunft schwer haben, auf Prozentsätze hinzuweisen, von denen sie schon bisher genau wußten, daß sie nicht stimmen. Im Verhältnis zum Gesamtaufwand machen die einzelnen Länder für Kultur und Volksbildung folgende Aufwendungen: Burgenland 6.17 Prozent, Kärnten 5.13, Niederösterreich 2.87 (Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ), Oberösterreich 4.92, Salzburg 3.4, Steiermark 5.41, Tirol 3.34, Vorarlberg 4.1 und Wien 6.2 Prozent. (Beifall bei den Sozialisten.)

Rekordbesuch in den Wiener Theatern

Der Wiederaufbau auf dem kulturellen Sektor ist in den vergangenen fünf Jahren sehr deutlich spürbar geworden, wenngleich die Lücken, die Faschismus und Krieg in die Reihen unserer Kulturträger gerissen haben, noch lange nicht geschlossen werden konnten. Die Sorge um den begabten Nachwuchs wird auch in Hinkunft zu unseren Hauptaufgaben gehören. Aber die Diskussionen um die Kulturkrise sind vorüber, unsere Künstler erfüllen ihre große Aufgaben und spüren sehr deutlich die wachsende Aufge-

geschlossenheit jener, für die sie wirken sollen. Die Besucherzahlen aller künstlerischen Veranstaltungen sind im steten Ansteigen begriffen. Im Oktober dieses Jahres haben die Wiener Theater mit 213.000 Zusehern einen Rekordbesuch aufzuweisen. Ihr Fassungsraum war zu 86 Prozent gefüllt, und mit 2,66 Millionen Schilling haben sie die höchsten Monateinnahmen seit 1945 erreicht. Die gleiche Entwicklung zeigt sich bei den Konzertveranstaltungen. Wenn es uns noch gelingt, durch Schaffung einer großen Publikumsorganisation, für die eine Million Schilling im Budget vorgesehen ist, noch größere Kreise für den Besuch unserer Kulturstätten zu interessieren, dann glaube ich, die größten Schwierigkeiten auf allen Gebieten künstlerischen Wirkens auf längere Zeit für überwunden betrachten zu können.

Auf dem Gebiet der bildenden Künste ist eine rege Ausstellungstätigkeit zu verzeichnen. Wir sehen in ihr eine Möglichkeit, Kunstwerk und Bevölkerung in Kontakt zu bringen. Erwähnt seien die Schulausstellung 1952, "Donau, Strom der Heimat" 1953, "Unser Wien" 1954 und die "Schau der besten Plakate des Jahres". In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" wurden in den ersten 16 Tagen 293 Bildwerke für insgesamt 70.977 Schilling verkauft.

Zum ersten Male wurde die Freiluftausstellung im Stadtpark durchgeführt. Sie löste sehr lebhaft Diskussionen in der Öffentlichkeit aus. Ich habe mich über sie gefreut, weil nichts Tötender ist als Gleichgültigkeit. Ich werde aber mit der gleichen Entschiedenheit, mit der ich dieses persönliche Recht auf Kritik vertrete, auch die Freiheit des künstlerischen Schaffens verteidigen, vor allem dann, wenn Vandalismus zu Zerstörung und Vernichtung führt (Beifall bei den Sozialisten). Wir haben Zeiten einer solchen Gesinnung, wie sie im Stadtpark von Vandalen und denen, die hinter ihnen stehen, gezeigt wurde, schon einmal mitgemacht, und ich glaube nicht, daß ein anständig denkender Mensch sie je wieder zurückwünscht. Hüten wir uns, wieder in eine solche Geisteshaltung zu verfallen, in der die Freiheit der Wissenschaft und des künstlerischen Wirkens nichts, brutale Gewalt alles bedeutet.

Dichter und Künstler kommen zur Schuljugend

Wir versuchen vor allem, unsere Jugend mit der bildenden Kunst in Kontakt zu bringen. Wir haben daher die "Schulgalerien" aufgebaut. Und wie wir unsere lebenden Dichter in die Schulen schicken, so wollen wir auch unsere bildenden Künstler mit der Schuljugend zusammenführen. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir sind nach wie vor die größten Auftraggeber auf dem Gebiet der bildenden Kunst in Wien.

Das Wiener Musikleben hat in den letzten Jahren eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den unermüdlichen Trägern des Wiener Konzertlebens, unseren Wiener Symphonikern, sehr herzlich gratulieren und danken, und sie bitten, auch weiterhin alles zum Ruhme unserer Stadt zu tun. (Beifall bei der SPÖ.) Die Aufwendungen der Stadt sind für sie von 700.000 Schilling im Jahre 1950 auf 1,6 Millionen Schilling in diesem Jahr gestiegen.

Unsere Schülerkonzerte erfreuen sich nach wie vor der allergrößten Beliebtheit. Durch die Schülerabonnements gewinnen wir den Stoff für unsere künftigen Abonnenten. Die Arkadenhofkonzerte sind ebenso wie die Platzkonzerte in den Parkanlagen aus dem sommerlichen Musikleben nicht mehr wegzudenken. Der stärkste Faktor auf dem Gebiete der Musikerziehung sind nach wie vor unsere städtischen Musiklehranstalten. Ihre 8.750 Schülerinnen und Schüler sind nicht nur Lernende, sie sind auch die Keimzellen einer neuen Musikalität.

Zahl der Festwochenbesucher sprunghaft gestiegen

Der Besuch ausländischer Gäste zu den Wiener Festwochen ist seit Aufhebung der Kontrollen an den Demarkationslinien im Juni 1953 sprunghaft gestiegen und erreichte 1954 23.668 ausländische Besucher. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich danke den Mitgliedern des Programmausschusses und des Kuratoriums für ihre loyale Zusammenarbeit. Leider kann man diese Haltung noch nicht bei allen Institutionen finden, und ich werde mich nicht scheuen, die Geldmittel der Stadt in Hinkunft dort zu verweigern, wo sich der Mangel an Bereitschaft gar zu offensichtlich zeigt.

Zur Situation des Fremdenverkehrs führte der Referent aus, daß Wien nach dem zweiten Weltkrieg in eine sehr prekäre Situation gekommen ist. 1937 gab es in der Bundeshauptstadt mehr als 337.000 Ausländer mit 2,7 Millionen Nächtingungen. 48 Prozent davon kamen aus jenen Ländern, die heute zum volksdemokratischen Block gehören. In diesem Jahr sind nur 2 Prozent der Besucher Wiens aus den Oststaaten.

Wien hat Anziehungskraft nicht verloren

Wenn trotzdem heuer die Zahl von einer Million Nächtingungen schon in den ersten zehn Monaten erreicht wurde, dann ist das ein Zeichen dafür, daß Wien seine alte Anziehungskraft nicht verloren hat. Stadtrat Mandl ist der Meinung, daß Wien in den nächsten Jahren eine neue Blüte als Fremdenverkehrsstadt erleben wird. Man könne daher auch mit einer gesetzlichen Regelung der Fremdenverkehrsangelegenheiten nicht mehr zuwarten. Der Gesetzentwurf ist fertig und soll in den nächsten Wochen den Wiener Landtag beschäftigen. Über das Jugendgästehaus fügte der Referent zum Kapitel Fremdenverkehr noch hinzu, daß vor kurzem der 50.000. Besucher und die 150.000. Nächtingung gezählt wurden. Gäste aus 36 verschiedenen Staaten konnten bisher in Pötzleinsdorf beherbergt werden.

Günstige Entwicklung auch bei der Volksbildung

Die günstige Entwicklung ist auch bei den Volksbildungseinrichtungen festzustellen. Die Zahl der Hörer ist von 55.000 im Jahre 1952/53 auf 59.670 im Jahr 1953/54 gestiegen. Ich glaube, so sagte Stadtrat Mandl, daß wir der Volksbildung nicht nur materiell helfen - 1954 wurde 1,150.000 Schilling an Subventionen gegeben - sondern auch viele Impulse methodischer Art geben konnten. Erfreulich ist, daß es ab 1. Jänner 1955 gelingt, die unwürdigen Honorare der Dozenten zu erhöhen.

Vor kurzem ist auch ein völlig neuer Weg mit der Eröffnung des Volksheimes in Jedlersdorf beschritten worden. Ihm soll noch im Jänner 1955 das Volksheim in der Per Albin Hansson-Siedlung folgen.

Förderung der Wissenschaft

Der Förderung der Wissenschaft wurde in diesem Jahr ein Betrag von 420.000 Schilling gewidmet, davon 250.000 Schilling für die Verbände des Notringes.

Die günstige Entwicklung der Städtischen Büchereien hat auch in diesem Jahr angehalten. Die Zahl der Leser ist im Monatsdurchschnitt von 22.000 im Jahr 1952 auf 26.000 im Jahr 1953 gestiegen. Seit 1950 ergibt sich eine Steigerung der durchschnittlichen Leserzahlen um 74 Prozent. Äußerst erfreulich ist auch das starke Interesse der Kinder am guten Buch, das die Errichtung an eigenen Kinderbüchereien nötig machte. Derzeit gibt es 44 Büchereien, vier mußten mit den Randgemeinden abgetreten werden. Die Stadt Wien wirkt selbstverständlich auch bei der Pflege und Förderung guter Literatur über die Städtischen Büchereien hinaus. Zeugen dafür sind der Almanach "Lebendige Stadt", der Jugendbuchpreis und die vielen Ankäufe.

Die Modeschule der Stadt Wien ist innerhalb der städtischen Schulen von besonderer Art. Leider mußten in den letzten Jahren einzelne Spezialklassen wegen zu geringer Anziehungskraft aufgelassen werden. Wir wünschen aber, daß gerade diese Vielfalt, die die Modeschule von allen anderen Lehranstalten ähnlicher Prägung unterscheidet, erhalten bleibt.

Die Landesbildstelle ermöglicht durch ihre stille und hingebungsvolle Arbeit den modernen Schulunterricht. Stadtrat Mandl dankte dem Leiter dieser Dienststelle, Obermagistratsrat Dr. Albrecht, dem die Gründung zu danken ist und der aus dem aktiven Dienst ausscheidet, für seine wertvolle Arbeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Stadtbibliothek hat ihre Position als wissenschaftliches und volksbildnerisches Institut weiter ausbauen können. 13.000 Leser waren es 1950 und Ende 1953 bereits 23.000 Leser. Die Zahl der Entlehnungen stieg von 34.000 auf 52.000. Als interessanteste Neuerwerbung führte der Referent das Notenautograph "Das Buch mit 7 Siegeln" von Franz Schmidt an.

Die städtischen Sammlungen sind dabei, ihre Bestände nach modernen Grundsätzen und entsprechend den Erfordernissen des neuen Hauses zu ordnen. Stadtrat Mandl sagte, er hoffe, daß das

neue Museum in zweieinhalb Jahren fertig sein wird.

Das Archiv der Stadt Wien hatte Ende 1953 einen Gesamtstand von 81.000 Urkunden, Akten usw., 7.000 Archivalien kommen jährlich dazu. Das Archiv ist wegen der Platzfrage nach wie vor ein Sorgenkind.

Innerhalb der Denkmalpflege wurden 44 Denkmäler wieder hergestellt. Die Aktion zur Beleuchtung unserer schönsten Denkmäler wird auch im nächsten Jahr wieder fortgesetzt, und zwar sollen die Kuppel am Michaelerplatz sowie die "Macht zu Lande" und die "Macht zur See" beleuchtet werden.

Auf dem Gebiet des Sportes war die Stadt Wien wie bisher den Sportvereinen bei der Grundbeschaffung zur Erbauung von Sportplätzen behilflich und hat den Bau von Jugendsportplätzen forciert. Derzeit beträgt das für Sportplätze gewidmete Gesamtareal 1,9 Millionen Quadratmeter. Pro Jahr und Quadratmeter sind 2 Groschen Pacht zu zahlen. Außerdem sind sie von der Grundsteuer befreit. Derzeit gibt es in Wien 110 Sportplätze, davon 68 auf Gemeindegrund. Von den 94 Jugendspielplätzen sind 68 im Eigentum der Gemeinde. Für 1955 wurde die Errichtung von 15 neuen Jugendspielplätzen geplant, 7 stehen vor der Vollendung.

Auch den Turnsälen gilt die Sorge der Stadtverwaltung. 1954 sind von 348 Turnsälen 323 komplett eingerichtet worden. 15 werden im kommenden Jahr eingerichtet.

Stadthalle und Stadionaufstockung

Bei der Wiener Stadthalle sind die Nebenhallen bis zum Erdgeschoß fundiert, die Turnhalle bis zur Dachgleiche gediehen und die Haupthalle teilweise fundiert. Die Garderoben für den Red Star-Platz werden heuer noch fertig.

Die Vorarbeiten für die Stadionaufstockung stehen vor der Beendigung. Als Baubeginn ist das Frühjahr 1955 vorgesehen.

Eine vielfältige Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendarbeit entfaltet das seit heuer dem Kulturamt zugeteilte Landesjugendreferat.

Zu der Gruppe Kultur und Volksbildung neu hinzugekommen ist die Schulverwaltung. Die Magistratsabteilung 56 umfaßt die Volks-, Haupt- und Sonderschulen, die Berufsschulen, die Lehranstalten für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe, das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei. 355 Schulgebäude werden von der Magistratsabteilung 56 verwaltet. Sie führt derzeit 4.672 Klassen mit 147.603 Schülern. Diese Zahlen sinken im kommenden Schuljahr auf 4.000 Klassen mit 126.370 Schülern. Der Rückgang ist vor allem auf die Ausgemeindung zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigt die Schülerzahl in den Berufsschulen. Waren es am 1. September 1953 27.953 Schüler in 822 Klassen, so waren es am gleichen Tage des Jahres 1954 34.406 Schüler in 1.007 Klassen. Trotz dieser unvorhergesehenen Steigerung gelang es, die Klassen ohne Beeinträchtigung des Unterrichtes rasch unterzubringen.

Abschließend sagte Stadtrat Mandl, er habe versucht, einen knapp gehaltenen Überblick über die vielfältige Tätigkeit des Kulturamtes der Stadt Wien zu geben. Es ist eine Tätigkeit, die, so behutsam wie möglich vollbracht, fördert, was der Förderung würdig ist, hilft, wo Hilfe nottut und die niemals versucht, das freie Wachstum der geistigen Kräfte in amtliche Normen zu zwingen. Das ist oft gar nicht so leicht und ist nicht immer bedankt. Ich weiß, daß noch manche Wünsche nicht erfüllt werden konnten und daß noch viel Arbeit vor uns liegt. Ich glaube aber, daß wir in den letzten fünf Jahren ein gutes Stück Weg in eine glücklichere Zukunft gehen konnten. Wir wollen hoffen und wünschen, daß diese Entwicklung zum Besseren auch in den kommenden Jahren anhalten möge, zum Nutzen von Kunst und Wissenschaft und zum Wohle unserer Vaterstadt.

Stadtrat Mandl dankte allen seinen Mitarbeitern für ihre verständnisvolle Zusammenarbeit, nicht zuletzt allen kulturellen Verbänden und Institutionen, die am Wiederaufbau unseres geistigen Lebens mitgewirkt haben (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Er ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des dritten Hauptstückes zuzustimmen.

./.

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) bezeichnete die Ansätze des Kulturbudgets als viel zu gering und mehr als bescheiden. Sogar der Bund leiste im Verhältnis zur Gemeinde weitaus mehr. Es genüge nicht, das Wort Kultur dauernd im Munde zu führen. Stadtrat Mandl hätte auch versäumt, eine ernstliche Vorschau über die zukünftige Kulturarbeit zu geben. Es sei beschämend für unsere Stadt gewesen, daß Künstler und Wissenschaftler ihre bitterste Not durch einen Demonstrationszug der Öffentlichkeit vor Augen führen mußten. Der Redner stellt die Frage, ob es richtig ist, daß nur ein Bruchteil der Lehrkräfte des Konservatoriums der Stadt Wien pragmatisiert ist und ein Großteil nach Erreichung der Altersgrenze ohne Pension aus dem Dienst entlassen wird.

Man könne auch nicht oft genug darauf verweisen, daß man aus der Kultur und Volksbildung keine Steuern herauspressen kann, da Kultur keinesfalls ein Geschäft sein darf. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholten Forderungen seiner Fraktion nach Aufhebung der Vergnügungssteuer bei kulturell wertvollen Veranstaltungen und stellt einen diesbezüglichen Beschlußantrag. Es gehe auch nicht an, daß nur einzelne Theater aus dem Kulturgroschen gefördert werden und andere, gleichfalls hochwertige Kulturinstitute, wie zum Beispiel die Scala, keine Subventionen erhalten. Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Bekämpfung von Schmutz und Schund zugewendet werden. Man dürfe auch nicht nur gegen den Verkauf von Kriegsspielzeug auftreten, sondern in weit- aus größerem Maße auch gegen die Kriegsliteratur, die eine bedeutende Gefährdung unserer Jugend darstellt. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der ein Verbot zur Vorführung von Schmutz- und Schundfilmen verlangt, sowie den Verkauf und Vertrieb von Schundbüchern und dergleichen vorsieht. Es müßte auch ein derartiger Appell an die Wiener Buchhändler und Verleger ergehen, derartige Bücher nicht zu drucken oder zu verkaufen. In diesem Zusammenhang drückt der Redner auch sein Befremden darüber aus, daß in der offiziell aufliegenden Straßenbahnzeitung "Ring rund", auf die die Verkehrsbetriebe Einfluß haben, eine astrologische Rubrik aufscheint.

Eine weitere Verpflichtung der Stadtverwaltung sei auch die Förderung des Sportes. In der genannten Summe von 55 Millionen, die für den Sport aufgewendet wird, ist die Errichtung der Stadthalle mit 40 Millionen und die Aufstockung des Stadions mit 8 Millionen enthalten. Beide Vorhaben sind zu begrüßen. Zum Thema Sporthalle könne jedoch nicht zeitig genug hingewiesen werden, daß die Benützungsgebühren so gehalten werden müssen, daß sich auch kleine Vereine die Benützung der Sporthalle leisten können. So zu begrüßen diese beiden Projekte auch sind, müsse doch darauf hingewiesen werden, daß auch die kleinen Vereine und vor allem die Jugendsportorganisationen gefördert werden müssen. Weitere Forderungen auf dem Gebiete des Sportes sind die Herabsetzung der Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen und die vollkommene Befreiung für Jugendsportveranstaltungen. Die Mittel für Körperkultur und Sport müssen erhöht und die Sport- und Spielplätze durch die Schaffung eines Gesetzes saniert werden. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß von der Gemeinde aus öffentlichen Mitteln errichtete Spielplätze an private Organisationen verpachtet werden.

Zum Kapitel Schulwesen ist zu sagen, daß die vorgesehenen Schulbauten zu begrüßen sind, daß aber der Rückgang der zusätzlich bereitgestellten Mittel darauf schließen läßt, daß auf diesem Gebiete nicht mehr als bisher ausgegeben werden soll. Unsere Schulbauten hatten im Ausland vielfach schlechte Kritiken, die man bei Neubauten berücksichtigen sollte. Verstärktes Augenmerk müsse den Verhältnissen in den alten Schulen zugewendet werden. Die hygienischen und sanitären Einrichtungen sind dort nicht immer die besten. Auch die Lehrbehelfe für den Geographie-, physikalischen und naturkundlichen Unterricht entsprechen der heutigen Zeit nicht mehr und müssen erneuert werden. Auch der Frage der Beistellung der Lehrbehelfe müsse größeres Augenmerk zugewendet werden. Verschiedentlich wurde auch von der Einführung eines neunten und zehnten Schuljahres gesprochen. Wenn es sich nur darum handelt, das Problem des Lehrplatzmangels damit hinauszuschieben und die Eltern länger zu belasten, ist eine derartige Verlängerung abzulehnen. Wenn sich die Verlängerung aber durch einen polytechnischen und praktischen Unterricht so auswirkt, daß eine Verkürzung der Lehrzeit dadurch erzielt würde und das Lehrziel ein höheres wird, sei sie zu begrüßen. ./.

Der Redner stellt abschließend fest, daß durch die Vereinigung des Kulturamtes und des Schulamtes die Verantwortlichkeit für das geistige und kulturelle Antlitz unserer Stadt innerhalb dieser Gruppe bedeutend größer wurde, die Ansätze hierfür jedoch nicht dieser Bedeutung entsprechen. Seine Fraktion könne ihnen daher nicht zustimmen.

Gemeinderätin Prof. Nora Hiltl (ÖVP) betont, daß das Gesicht einer Weltstadt vor allem auch von der Kultur her geprägt wird und daß diese Kultur von Menschen getragen werden muß, die wirklich verstehen, was Kultur, Kunst und Wissenschaft in allen ihren Bereichen bedeuten. Wir haben eine große Verpflichtung, gerade für die Menschen in der heutigen Zeit, die immer noch mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, auch kulturell zu sorgen und ihnen das zu geben, was sie aus der Not des Alltags herausführt und ihnen Schönheit und Erhebung in ihrem Leben bieten kann.

Wir begrüßen es, daß sich in jüngster Zeit die Sozialistische Partei maßgebend um die Kultur anzunehmen bemüht, wie die Rede des Ministers Waldbrunner auf dem letzten Parteitag beweist. Wir brauchen aber, sagt Rednerin, kein sozialistisches Kulturprogramm, sondern eine Kulturarbeit in dieser Stadt, die alle Parteien berücksichtigt und allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich kulturell zu betätigen. Das erfreuliche Bekenntnis des Ministers Waldbrunner zu den kulturellen Leistungen der Katholischen Kirche ermutigt uns zu der Hoffnung, daß sich diese Einstellung auch in Taten auswirken wird, wenn es darum geht, ein altes christliches Bauwerk oder Kulturdenkmal zu erhalten und zu fördern. Wir von der Volkspartei wollen wieder eine Kultur vertreten, wie sie dieser Weltstadt würdig ist (Beifall bei der ÖVP).

Die im Frühjahr abgehaltene Kulturenquete im Parlament hatte zur Folge, daß Finanzminister Dr. Kamitz das Kulturbudget des Bundes um 150 Millionen Schilling erhöhte. Es war sehr schwierig, eine Kulturenquete auch im Rathaus durchzuführen. (Gemeinderätin Frieda Nödl: Das ist eine Lüge!) Stadtrat Mandl wollte ursprünglich keine Kulturenquete, sondern mit den einzelnen Organisationen verhandeln. Die Kulturenquete im Rathaus hat schließlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Die von den Vertretern aus Kunst und Wissenschaft vorgebrachten Wünsche gingen vor allem

auf eine Erhöhung des Wiener Kulturbudgets.

Stadtrat Resch habe es nun durch eine geschickte Zahlenakrobatik verstanden, den Anteil der Kultur am Budget, der 1954 noch 0.73 Prozent betrug, mit 6.2 Prozent auszuweisen. In Wirklichkeit seien aber die veranschlagten Kulturausgaben nicht gestiegen, sondern man habe nur den Aufwand für die Schulen und für verschiedene andere Zwecke im Kulturreferat vereinigt. Der Aufwand für die Kultur sei nicht größer geworden, sondern der gleiche geblieben. (GR. Konir: Damit bestätigen Sie, daß er auch bisher schon so hoch war!) Für die Zwecke, die im letzten Jahr im Kulturbudget ausgewiesen waren, seien auch für 1955 nur 27,7 Millionen veranschlagt, während die Erträge aus der Vergnügungssteuer mit 55 Millionen angenommen sind. Die Kultur sei also ein gutes Geschäft in Wien.

Die Zunahme des Theaterbesuches sei sehr erfreulich. Dies beweise den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Lande und das Interesse der Wiener für Kunst und Kultur. Der Besuch guter Theater sei aber auch ein soziales Bedürfnis. Eine Subventionierung der Theater durch die Stadt könnte dazu führen, daß die Theaterpreise gesenkt würden und mehr Leute in die Theater strömten. Über die von Stadtrat Mandl geplante Publikumsorganisation könne man reden, aber es sollte diese Einrichtung nicht über die Arbeiterkammern oder die Gewerkschaften durchgeführt werden. Es sei nicht notwendig, immer wieder recht einseitig ausgerichtete Organisationen für diese Zwecke einzuspannen. Leider müsse man sich auch die Karten für die an sich begrüßenswerte Aktion "Theater ins Volk" in der Gewerkschaft oder Arbeiterkammer oder in der Parteiorganisation holen. Diese Theaterveranstaltungen würden gewissermaßen als sozialistische Morgenfeiern benützt. Hier unterscheide sich die Auffassung der beiden Parteien: Für die ÖVP bedeute die Kunst ein höheres Gut, die SPÖ wolle aber alle diese Dinge engherzig nur für ihre Parteipropaganda ausnützen (Beifall bei der Volkspartei).

./.

Die Stadt Wien subventioniere die Theater nur aus den Mitteln des Kulturgroschens. Es wäre aber notwendig, hierfür noch zusätzliche Mittel zu verwenden. Alle Bundesländer hätten in ihren Kulturbudgets beträchtliche Summen für die landes- oder gemeindeeigenen Theater. Die Gemeinde Wien aber lebe auf diesem Gebiet von den Erfolgen und Leistungen der Bundestheater. Die Mittel aus dem Kulturgroschen sollten nicht immer wieder für Zwecke verwendet werden, die aus dem allgemeinen Budget geleistet werden müßten.

Auf dem Gebiet der Volksbildung sei ein erfreuliches Ansteigen des Interesses zu verzeichnen. Dies müsse man als ein Positivum werten, das aus der Bevölkerung komme, denn die Leistung der Gemeinde für die Volksbildung sei noch immer sehr gering. Die geradzuschändliche Bezahlung der Dozenten an den Volkshochschulen könne nun dank der Erhöhung des Bundeszuschusses endlich von 12 auf 18 Schilling für die Stunde und von 20 auf 30 Schilling für die Doppelstunde erhöht werden. Man könne nur hoffen, daß die Gemeinde Wien dem guten Beispiel des Bundes folgen werde.

Auch die Musikschulen sind aus dem Leben unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Lehrern dieser Anstalten und auch der Modeschule den herzlichsten Dank aussprechen, weil sie oft unter den schwierigsten Verhältnissen, materiell nicht sehr glänzend gestellt, wirkliche Kulturträger sind.

Auch die Konzerte für unsere Jugend sind zu begrüßen, sollten aber noch weiter ausgebaut werden.

Zu den Beschädigungen der im Stadtpark ausgestellt gewesenen Plastiken erklärt Rednerin: Ich glaube, jeder von uns muß ein solches Vorgehen ablehnen. Aber man muß sich auch ernstlich fragen, warum und wieso es überhaupt zu solchen "Kunstäußerungen" gekommen ist. Der verantwortliche Stadtrat soll vielleicht doch auch zur Kenntnis nehmen, daß es anscheinend sehr viele Menschen gibt, die kein richtiges Verhältnis zu dieser Kunst bekommen. Ich glaube, daß manchmal versucht wird, das Volk zur Kunst zu erziehen, indem man ihm gewissermaßen mit dem Schlegel ins Gesicht haut, bis es blutet; und wenn dann das Volk aufschreit und etwas dagegen unternehmen will, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn vielleicht manche darunter sind, die das nicht in richtiger Form ausdrücken.

Andere Länder sind schon viel weiter, die haben dieses Experimentieren schon längst überwunden. Und manches sollte wirklich nur als Experiment gewertet werden und nicht als ein Kunstwerk, das in einem öffentlichen Garten aufgestellt wird.

Als wir im Vorjahr die Aufstockung des Wiener Stadions verlangten, ist man uns mit spöttischem Hohn begegnet. Im Juni hat Herr Bürgermeister Jonas anlässlich der Eröffnung der Olympischen Festwochen großartig verkündet, daß das Wiener Stadion auf 90.000 Plätze vergrößert wird. Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister Jonas, daß Sie meinen Antrag in die Tat umgesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit bei den Sozialisten.) Wieder einmal hat sich die Erfahrung bestätigt, daß wir die Anträge bringen, man sie nicht gerne hört und in eine Lade gibt, sie aber dann doch verwirklicht. Man sieht die Stärke der Österreichischen Volkspartei, deren Resolutionsanträge sich die sozialistische Fraktion dann fügen muß.

Auf dem Gebiete des zu dieser Verwaltungsgruppe neu hinzugekommenen Schulwesens verlangt Rednerin die Vorlage der einschlägigen Akten an den zuständigen Gemeinderatsausschuß, ein Mitspracherecht im Elternreferat und die Möglichkeit entsprechender Einflußnahme bei der Gestaltung des Vorlesungsprogramms und der Auswahl der Dozenten für das Pädagogische Institut. Schließlich fordert sie die Stelle des Dritten Stadtschulratspräsidenten für einen Vertreter der ÖVP.

Mit besonderem Nachdruck setzt sie sich für eine Erhöhung der Ehrenpensionen für Künstler ein und erklärt abschließend: Ich würde die Vertreter der Sozialistischen Partei bitten, einmal jenen Geist zu erfassen, der das Kulturantlitz dieser Weltstadt, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, geprägt hat. Machen Sie alle Anstrengungen, um nicht einseitige Kulturpropaganda zu betreiben, sondern wirklich das Kulturbedürfnis aller Menschen dieser Stadt zu befriedigen und Wien wieder zu einer Weltstadt auch in der Kunst und Wissenschaft zu machen. In diesem Sinne wird meine Fraktion diesen Ansätzen zustimmen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) macht Mitteilung vom Ableben von Burgschauspielerin Maria Eis und Staatsopernsänger Georg Oeggel und erklärt: Wir alle dürfen wohl sagen, daß sie in bedeutendem Maß dazu beigetragen haben, das kulturelle Antlitz dieser Stadt zu prägen, und daß sie für das kulturelle Ansehen Österreichs Bedeutendes geleistet haben. Ebenso wie die Bewohner dieser Stadt werden auch die Mitglieder dieses Gemeinderates diesen beiden Künstlern stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zu dem Kulturbudget übergehend, kommt Redner zunächst auf die Kritik über die unzureichenden Aufwendungen auf diesem Sektor zu sprechen und sagt: Es hat sich niemand eingebildet, daß diese Aufwendungen ausreichend sind, aber das gilt auch für alle anderen Gebiete. Vielfach kann nur das notwendigste von dem geschehen, was die heutige Zeit erfordert. Aber man kann nicht, wie es der Sprecher der ÖVP in der Generaldebatte tat, eine Herabsetzung der Steuern verlangen und dann erhöhte Aufwendungen für das Kulturbudget fordern. Ich glaube, es ist schon ein großer Fortschritt, daß wir den Fragen des kulturellen Lebens dieser Stadt nicht nur größere Aufmerksamkeit schenken, sondern auch eine Förderung zuteil werden lassen können, die immerhin viel bedeutet. Vergessen wir nicht, daß zur Zeit, als Stadtrat Mandl seine Arbeit übernommen hat, das Wort Kulturkrise in aller Munde war.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Was man so landläufig als Kulturkrise bezeichnet hat, ist zu einem beträchtlichen Teil überwunden. Maßgebend dafür ist die wirtschaftliche Konsolidierung und doch auch die eigene Leistung des Stadtrates für Kultur und Volksbildung in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und dem Ausschuß für Kultur und Volksbildung in dem, das festzustellen stehe ich nicht an, die Arbeit sich im großen und ganzen einvernehmlich und fruchtbar gestaltet.

Man darf wohl sagen, daß für das kulturelle Leben andere Maßstäbe gelten. Die Menschen, die auf künstlerischem Gebiete schaffen, halten das, was sie hervorbringen, für richtig. Aber wie man sich zu einzelnen Werken auch stellen mag, dürfen wir diesen Menschen doch zubilligen, daß sie ihre Kunstwerke nicht nur deswegen schaffen, um die Öffentlichkeit herauszufordern. Sie glauben ja, daß das, was sie schaffen, einem allgemeinen Bedürfnis entspricht.

Die Zahlen über den Besuch der Theater und Kinos beweisen, daß die Menschen gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit in die Illusion geflüchtet sind. Später konnten die Menschen mit ihrem Geld auch die anderen Bedürfnisse wieder befriedigen. Das sind Tatsachen, die von einem Amt überhaupt nicht reguliert werden können, und die zeigen, daß auf diesem Gebiete andere Gesetze gelten. Leider hat die Kulturpropaganda nicht dem Umstand Rechnung getragen, daß neue Besitzerschichten entstanden sind, die nicht kulturtragende Schichten sind. Statt das Publikumsinteresse zu wecken, hat man lieber an die öffentliche Hand appelliert.

Wir haben wiederholt festgestellt, daß die nicht verkauften Plätze der Theater ein Vielfaches der Subventionen und auch ein Vielfaches von dem ausmachen, was die Betriebe an Vergnügungssteuer bezahlen. Hier wäre der Hebel anzusetzen gewesen, damit nicht leere Sitzplätze subventioniert werden, sondern daß man die leeren Sitzplätze füllt. Wir sind damals hart geblieben, und diese harte Erziehung an den kulturellen Institutionen zeitigt jetzt ihre Früchte.

Wir müssen uns auch über eines im klaren sein: Die Bevölkerung ist zahlenmäßig zurückgegangen und die kulturellen Bedürfnisse haben sich verschoben. Nach der Eröffnung der beiden Bundestheater wird es in Wien 15.100 Theaterplätze geben, dazu kommen noch die Kinos, Konzertsäle usw. All diese Plätze sollen nun von 1'7 Millionen Einwohnern besetzt werden.

Dr. Stemmer beschäftigte sich nun mit den Leistungen des Kulturamtes und seinen Bemühungen, Kunst und Kultur in die Bevölkerung zu tragen. Stadtrat Mandl hat von Anfang an die Meinung vertreten, man müsse versuchen, die Basis für das kulturelle Leben von oben und von unten her zu verbreitern, das heißt, bei der Jugend und bei den Erwachsenen. Beginnend von den Musikschulen über die Schülerkonzerte zum Theater der Jugend, Buchklub, Autorenlesungen usw., alle diese Dinge haben zur kulturellen Erziehung beigetragen. Alles das zusammen muß doch eine Auswirkung auf die Menschen haben, die in Hinkunft das kulturelle Leben dieser Stadt tragen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Was wir aber nicht wünschen, sind Auseinandersetzungen künstlerischer Art auf einem solchen Niveau wie im Stadtpark. Es ist das demokratische Recht jedes Staatsbürgers, seine Meinung zu äußern. Er hat aber nicht das Recht, dem betreffenden Künstler den guten Willen abzusprechen und sein Werk zu zerstören.

Abschließend zu den kulturellen Fragen meinte der Redner, er habe damit begonnen, indem er sagte, das Kulturbudget könnte größer sein. Es bleibt jedoch die Frage, ob die, die heute immer wieder mehr verlangen, auch den Mut dazu haben, hinauszugehen und den Leuten zu sagen: "Das müßt ihr auch zahlen, das kostet auch Geld!" (Beifall bei der SPÖ.)

Im folgenden beschäftigte sich Dr. Stemmer mit den Schulen und wies im Zusammenhang mit den Ausführungen des Generalredners der ÖVP auf die Leistungen hin, die auf dem Gebiet des Schulwesens vollbracht wurden. Seit 1945 bis 1953 umfaßte das Schulbudget 694,681.660 Schilling. Von diesem Budget sind allein für Schulbauten 340 Millionen aufgewendet worden, dazu heuer weitere 25 Millionen. Da kann man nicht nur die 21 neuen Schulhäuser sehen. Man muß in Betracht ziehen, daß wir 1945 mit 262 Schulen angefangen haben und jetzt bei 418 Schulen halten. Dazwischen liegen die Neubauten und Instandsetzungen, die in ihrem Volumen einem Neubau gleichkommen. Wir haben all das in einer Zeit gemacht, in der die Schülerzahlen gestiegen sind. Wir haben in dieser Zeit den Wechselunterricht planmäßig abgebaut. Auf dem Gebiet des kommunalen Schulbaues ist also in Wien außerordentlich viel geschehen.

Abschließend sagte Dr. Stemmer: "Wir sind sehr froh, daß die Geschäftsgruppe III nun auch das Schulwesen zu verwalten hat. Wir erblicken darin nicht eine "optische Aufblähung" des Budgets sondern auch eine sinnvolle Zusammenfassung aller Aufgaben, die, wie der Titel dieser Gruppe sagt, zur "Kultur- und Volksbildung" gehören." (Beifall bei der SPÖ.) Im Namen seiner Fraktion gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen.

Stadtrat Mandl stellt in seinem Schlußwort fest, daß ihn die lebhafteste Kunstdebatte gefreut habe. Einige prinzipielle Dinge, die in dieser Debatte aufgeworfen wurden, hat Dr. Stemmer in der Debatte bereits beantwortet. Die Ausführungen des Gemeinderates Dr. Christoph dürften anscheinend unter Mithilfe des ehemaligen GR. Dr. Matejka entstanden sein. Er möge sich jedoch davor hüten, Behauptungen aufzustellen, die er nicht beweisen könne. So zum Beispiel, daß die Wiener Schulbauten im Ausland vernichtend kritisiert wurden, oder daß die Lehrmittel nicht ausreichend seien und verschiedenes andere. Er bittet bei Kritik um Sachlichkeit. Die geforderte Bekämpfung von Kriegsspielzeug und Kriegsliteratur betrachte auch er als sehr notwendig. Was auf dem Gebiete der Kriegsliteratur geschieht, hat nicht immer mit Geschichtsforschung zu tun und man spürt sehr deutlich, daß damit Propaganda betrieben werde, von der er sich gerne distanzieren. Daß die Gemeinde Wien durch die Besteuerung der Theater mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen Hand durch den Kulturgroschen gibt, ist nicht richtig. So haben die drei subventionierten Theater und zwar Josefstadt, Volkstheater und Raimundtheater im Jahre 1953 600.000 Schilling an Vergnügungssteuer bezahlt und 2,200.000 Schilling bekommen. Es wurde also entscheidend mehr gegeben als genommen.

Die Frage der Schmutz- und Schundfilme wurde schon oft diskutiert. Es soll aber auch heute wieder festgestellt werden, daß die Gemeindeverwaltung auf die Einfuhr der Filme keinerlei Einfluß habe. Was die Gemeinde lediglich tun könne, ist die Verhängung des Jugendverbotes über derartige Filme. Von diesem Recht mache sie auch Gebrauch.

Zu dem von der Gemeinderätin Hiltl geäußerten Zweifel an der Befähigung der Sozialisten für Kultur einzutreten und Wien das Gesicht einer Weltstadt zu geben, das von seiner Kultur geformt wird, verweist Stadtrat Mandl auf die Volkshochschule auf dem Laar Berg, also auf die Volkshochschule der Ziegelarbeiter. Diese Volkshochschule hat sich ihre gesamte Einrichtung durch die eigene Arbeit jener jungen Menschen geschaffen, die heute bemüht sind, sich mühsam das anzueignen, was sie durch ihre gesellschaftliche Einstufung nicht genießen konnten. Gerade die Partei der Frau Prof. Hiltl und ihre Gesellschaftsklasse hat den Aufstieg dieser jungen Menschen verhindert. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) ./.

Frau Gemeinderätin Hiltl, die sich auch mit der Kulturenquete beschäftigt hat, müsse genau wissen, daß sie und ihre Freunde diese Kulturenquete nur aufgezogen haben, um politisch zu demonstrieren und keine sachliche Arbeit aufkommen zu lassen. Ein Vertreter ihrer Partei habe damals gesagt, in allen Bundesländern werden solche Enqueten abgehalten werden. In Wirklichkeit war es aber in keinem einzigen Bundesland, außer Wien, der Fall. Wenn sie hier kritisierten, daß wir die Presse nicht zugezogen haben, warum wurde das bei der Parlamentsenquete nicht getan?

Stadtrat Mandl erklärt, er werde weiterhin seine Arbeit so sachlich wie möglich weiterführen. Die Wiener Bevölkerung wird die Sachlichkeit sicher anerkennen. Frau Gemeinderätin Hiltl war in ihrer Ausführung nicht konsequent. Es ist nicht leicht, es ihr rechtzumachen. (Beifall bei der SPÖ.) Man muß konsequent, ehrlich und anständig sein. Man muß das, was man beim Bund für richtig und gut erklärt, auch bei uns anerkennen oder bei beiden kritisieren.

Auf den Vorwurf der Gemeinderätin Hiltl, warum die Stadt Wien noch immer kein eigenes Theater führe, stellt Stadtrat Mandl die Gegenfrage, warum ihre Partei in der Zeit, in der diese regierte, nicht einen solchen Beschluß gefaßt habe.

Aus den Ausführungen der Gemeinderätin Hiltl habe man, so bemerkt der Referent, vom ersten bis zum letzten Satz herausgehört, wie sie und ihre Partei sich über alles ärgert, was die Sozialisten an Neuem und an Gutem machen, das von der Bevölkerung anerkannt wird. Die Bevölkerung weiß genau zu unterscheiden, wo nur geredet und wo gehandelt wird. Ich werde in meiner Verwaltungsgruppe weiterhin weniger reden und mehr tun! (Beifall bei der SÖP.)

Bei der von Bürgermeister Jonas durchgeführten Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die zwei Resolutionsanträge Dr. Christoph wurden abgelehnt.

./.

Geschäftsgruppe IV: Wohlfahrtswesen
=====

Hierauf gelangt die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, zur Beratung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Honay (SPÖ) betont, daß in den Jahren nach dem Krieg auf den Ausbau des Wohlfahrtswesens außerordentlich großer Wert gelegt wurde. Trotz der Ausgliederung der Randgemeinden erhöht sich das Erfordernis für das Wohlfahrtswesen für das kommende Jahr um 12 Millionen auf 392 Millionen Schilling.

Angleichung der Unterstützungen an Lebenshaltungskosten

Wie immer stehen an der Spitze der Ausgaben die Dauerunterstützungen mit 58 Millionen, um 4 Millionen weniger als für 1954. Der geringere Ansatz ist in dem steten Rückgang der Zahl der Dauerbefürsorgten begründet. Die Einführung der staatlichen Altersrente, die Eingliederung der alten mittellosen Gewerbetreibenden in den Rentenbezug und die starke Überalterung der Gemeinderentner haben die Zahl der städtischen Dauerbefürsorgten stark dezimiert. Die Ausgaben sind aber keineswegs im Verhältnis zu dem geringen Stand der Unterstützten gesenkt worden. 1949 wurden für den Höchststand von 46.797 Befürsorgten 42,8 Millionen ausgegeben, 1953 bei 25.260 Unterstützten 61,4 Millionen. Derzeit beträgt der Stand an Dauerunterstützten 19.025. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Dauerbefürsorgten um mehr als die Hälfte gesunken, demgegenüber sind jedoch die Ausgaben um rund 45 Prozent gestiegen. Schon daraus ist die ständige Angleichung der Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung erkennbar. Insgesamt sind im Voranschlag für die von der Stadt ständig oder fallweise Befürsorgten 74 Millionen Schilling eingesetzt.

2.750 Gemeindebefürsorgte fahren auf Urlaub

Die Tagesheimstätten für die Dauerbefürsorgten erfreuen sich eines außerordentlich großen Zuspruches. Ihre Zahl wurde heuer um 7 auf 57 erhöht.

./.

Die Kosten hierfür sind mit 1,2 Millionen Schilling vorgesehen. Leider hat der Bund seit 1952 keinen Beitrag mehr geleistet, obwohl die Heime oft zum überwiegenden Teil von Sozialrentnern besucht werden.

Für die Auszahlung eines 13. Monatsbezuges ist im Voranschlag 1955 vorgesorgt. Die Landaufenthaltsaktion für die Dauerbefürsorgten wird ständig ausgebaut. Im kommenden Jahr sollen 2.750 Befürsorgte dieser Stadt einen Landaufenthalt genießen können. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Kosten von 1,1 Millionen Schilling werden etwa je zur Hälfte aus Gemeindemitteln und aus dem Ergebnis der Sammlungen für die Armen Wiens getragen, während 100.000 Schilling aus der Spende des Kaisers von Äthiopien stammen, dem hierfür herzlich gedankt sei. Neu ist die Durchführung einer Weihnachtsaktion für die 1.236 Kinder der städtischen Befürsorgten, wobei vor allem Pakete mit Süßigkeiten geschenkt werden.

Hilfe für die Körperbehinderten

Die arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte werden von Jahr zu Jahr erweitert. Dabei wurden große Erfolge erzielt. Durch den Facharzt werden etwa notwendige klinische Behandlungen der Körperbehinderten veranlaßt. So wurden z.B. einer Körperbehinderten wegen Zwergwuchs Injektionen mit dem Erfolg verabreicht, daß sie über 10 cm an Körpergröße zunahm. Seit dem vierjährigen Bestehen dieser Einrichtung haben etwa 420 Behinderte diesen Kurs besucht und 370 ihn beendet. 50 Prozent der Männer und 30 bis 50 Prozent der Frauen konnten in teilweise vollentlohnte Beschäftigung, bzw. in Heimarbeit gebracht werden.

Die Bemühungen der Gemeinde Wien, die Flüchtlingslager zu beseitigen, werden ständig fortgesetzt. So konnte die Schule auf dem Kernstockplatz in Ottakring bereits im März und das Meidlinger Rekonvaleszentenheim für Flüchtlinge im September aufgelassen werden. Die Schule in der Siebeneichengasse wird in Kürze geräumt. Gegenwärtig sind in vier Lagern, davon noch zwei Schulen, 1915 Flüchtlinge untergebracht. Außerdem werden im Neuwaldegger Heim 71 rekonvaleszente Flüchtlinge betreut.

Von den 1968 in Lagern lebenden Personen haben 621 die österreichische Staatsbürgerschaft, 819 Personen sind Volksdeutsche aus Jugoslawien, 268 Heimatvertriebene aus der Tschechoslowakei und 191 aus Rumänien. Die 401 Kinder unter 14 Jahren wurden zum überwiegenden Teil bereits in Wien geboren. Durch die Zuweisungen von Wohnungen sinkt die Zahl der in den Lagern befindlichen Personen ununterbrochen. Sie hat sich auch in diesem Jahr um 358 verringert. Es bedarf der Mitwirkung aller Stellen, damit diese zum überwiegenden Teil äußerst arbeitsamen Menschen in das Volksganze eingegliedert werden, sodaß die beiden großen Lager in Simmering und Penzing nur mehr Notstandszwecken zu dienen hätten.

Betreuung der kriegsgefangenen Wiener

Die Betreuung der noch immer in fremden Ländern zurückgehaltenen Kriegs- und Zivilgefangenen wurde fortgesetzt. Im Voranschlag sind hierfür 40.000 Schilling vorgesehen. Den in Frankreich und Polen inhaftierten Wienern wurden Geldunterstützungen geschickt. Die heimgekehrten Zivilgefangenen erhielten Überbrückungshilfen. Die aus der Sowjetunion heimgekehrten Kriegsgefangenen wurden, falls sie es wünschten, zur Erholung nach St. Corona geschickt. Die Zusendung von Lebensmittelpaketen wurde fortgesetzt. Alle sechs Wochen erhalten die noch immer in Rußland festgehaltenen Wiener ein solches Paket mit 7 kg hochwertigen Lebensmitteln. 1954 wurden bisher 2.932 Pakete verschickt. Außerdem wurden 180 Heimkehrer bekleidet (Beifall bei der SPÖ und ÖVP). Heuer wird auch wieder für die Kinder der Gefangenen gemeinsam mit dem Innenministerium eine schöne Weihnachtsfeier veranstaltet.

In den ⁵¹ Beratungsstellen für die Mütter, in denen 101 Fürsorgerinnen tätig sind, wurden im Jahre 1953 90.971 Untersuchungen vorgenommen. In diesem Jahr ist ein verhältnismäßig kleiner Rückgang zu verzeichnen. Er hat seine Ursache im Wegfall der Beratungsstellen der Randgemeinden, aber auch in der verringerten Geburtenzahl.

In den Monaten Jänner bis Oktober 1954 wurden 9.558 Lebendgeburten gezählt. Es ist äußerst betrüblich, daß die Zahl der Sterbefälle um mehr als das Doppelte die Geburtenzahl übersteigt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind nämlich in Wien 21.001 Todesfälle zu verzeichnen.

Neuordnung der Pflegegelder geplant

Die geringe Zahl der Geburten bewirkt auch einen Rückgang der Pflegekinder. Ende Oktober des vergangenen Jahres wurden 5.898 Pflegekinder betreut, gegenwärtig sind es 5.805. Die Bemühungen nach Vermehrung der Familienpflegeplätze habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Gegenwärtig sind 1.211 Kinder in Familienpflege untergebracht. In städtischen Anstalten werden 2.531 Pflegekinder betreut, in fremden Anstalten 2.063. Wir planen eine Neuordnung der Pflegegelder. Sie kann aber erst wirksam werden, wenn die von Niederösterreich geplante Neufestsetzung seiner Pflegegelder erfolgt. Seit einem Jahr bestehen zwei Großfamilien, in denen je zehn Pflegekinder sind. Leider ist es nicht gelungen, weitere Großfamilien zu finden.

Die Zahl der Armeekinder hat gegenüber dem vergangenen Jahr um 67 zugenommen und ist auf gegenwärtig 2.271 gestiegen. Davon entfallen 1.100 auf die Amerikaner, 649 auf die Russen, 357 auf die Engländer und 165 auf die Franzosen.

10 neue Kindergärten im kommenden Jahr

Im Voranschlag sind unverändert wieder 1,8 Millionen Schilling für 10.500 Säuglingswäschepakete eingesetzt. Im Jahre 1953 wurden sie von 88,6 Prozent der Mütter beansprucht.

Für das nächste Jahr ist der Neubau von 10 Kindergärten und Horten vorgesehen. Gegenwärtig sind in den städtischen Kindergärten und Horten 14.431 Kinder eingeschrieben. An der Kindergartenauspeisung nehmen durchschnittlich 2.000 Kinder teil, von denen nur 350 Vollzahler sind.

Für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Erholungs- und Ferienheimen sind 3,6 Millionen Schilling veranschlagt, um 180.000 Schilling mehr als 1954. Im heurigen Jahr wurden 8.574 Kinder in Heimen betreut.

Auch der Zuschuß an das Wiener Jugendhilfswerk wurde von 650.000 Schilling auf 700.000 Schilling erhöht.

Heute sind zum ersten Male 71 bedürftige Wiener Kinder in das städtische Erholungsheim nach Bad Hall gefahren, wo sie drei Wochen verbringen werden. Wir werden solche Aktionen im kommenden Jahr in verstärktem Ausmaß fortsetzen. (Beifall.) ./.

"Jugend am Werk" - eine nützliche Aktion

Die Zahl der Stipendien für Hoch-, Mittel- und Fachschüler sowie für Lehrlinge bleibt unverändert. Im Jahre 1953 wurden 872 Vollstipendien, 643 ständige Förderungsbeiträge und 909 einmalige Studienbeihilfen vergeben. Durch den Wegfall der Randgemeinden ergibt sich eine Verringerung der Gastarztstipendien um 16.

Die Zahl der Amtsmündel ist durch die Gebietsabtrennung von 26.099 im August auf 23.674 gesunken.

Sehr zum Vorteil der schulentlassenen Jugend wirkt sich die Aktion "Jugend am Werk" aus. Im kommenden Jahr wird der Höchststand der schulentlassenen 14jährigen mit 26.000 erreicht sein, und dann wird auch hinsichtlich der Unterbringung eine Erleichterung eintreten. Durch das Jugendeinstellungsgesetz konnte der größte Teil der männlichen Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, während für die schulentlassenen Mädchen leider nur eine sehr geringe Zahl von Arbeitsplätzen vorhanden ist. "Jugend am Werk" leistet hier eine außerordentlich nützliche Arbeit.

Insgesamt sind in der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen 2.427 Personen beschäftigt. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß unser Wohlfahrtswesen in lebendiger und enger Verbundenheit mit der Bevölkerung wirkt. Die Wiener Bevölkerung hat sich an den sechs Häusersammlungen überaus freigebig beteiligt, und es ist Pflicht des Gemeinderates, allen Wienerinnen und Wionern hiefür herzlichen Dank zu sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Den Fürsorgeamtsvorstehern, ihren Stellvertretern, den vielen ehrenamtlichen Fürsorgeräten, den Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen und nicht zuletzt allen anderen hauptberuflich in dieser Verwaltungsgruppe tätigen Angestellten gebührt gleichfalls der Dank des Gemeinderates. (Allgemeiner Beifall). Sie haben in diesem Jahre wieder restlos ihre Pflicht im Dienste der Wohlfahrt erfüllt, und ich bin überzeugt, daß auch im kommenden Jahr ernste Pflichterfüllung ihr obersters Gebot sein wird. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (VO) begrüßt die Errichtung von 10 neuen Kindergärten und hebt die Notwendigkeit hervor, sie möglichst rasch bereitzustellen. Bedauerlich dagegen ist, daß nichts für die Errichtung neuer Säuglingskrippen vorgesehen ist. Vor allem müßte man eine größere, zentral gelegene Säuglingskrippe errichten. Auch die Zahl der Kinderhorte muß erhöht werden, weil auch hierfür ein tatsächliches Bedürfnis vorhanden ist. Will man den berufstätigen Müttern entgegenkommen, muß man auch mehr Heimschulen als Halbinternate schaffen. Durch das Sinken der Zahl der Befürsorgten werden Mittel frei, die man der Jugendfürsorge zur Verfügung stellen könnte.

Der Redner fordert Tageserholungsstätten für Hortkinder, wie sie früher bestanden und wendet sich gegen die Sperre der Kindergärten im Sommer und den gedrosselten Betrieb. Durch eine geringe Vermehrung des Personals wäre diese Frage zu lösen. Auch die Pflegegelder für die in privater Pflege befindlichen Kinder müßten erhöht werden. Die Gelder sind seit 1951 unverändert geblieben und betragen für Kinder bis zu sechs Jahren 245 Schilling und von sechs bis acht Jahren 233 Schilling. Der Redner stellt daher den Antrag, die Pflegegelder um mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

GR. Lauscher meint ferner, daß alle Agenden der Jugendfürsorge in einer Hand zusammengefaßt werden sollten. Es wäre besonders begrüßenswert gewesen, gerade jetzt bei der Neueinteilung der Geschäftsgruppen eine klare Trennung zwischen dem Fürsorge- und dem Gesundheitswesen durchzuführen.

An Kinderspielplätzen bestehe ein großer Mangel. Der Redner ersucht Vizebürgermeister Honay, sich für den Bau von Kinderspielplätzen einzusetzen. Bei der Jugendfürsorge dürfe man auch nicht die Lehrlinge übersehen. Die Lehrlingsentschädigung ist nicht besonders hoch, das ist allgemein bekannt. Viele Lehrlinge wünschen sich eine verbilligte Straßenbahnwochenkarte. Vizebürgermeister Honay sollte sich auch dafür verwenden, diese Forderung der Lehrlinge durchzusetzen. Schließlich urgiert der Redner die Schaffung einer Musterlehrwerkstätte, die bereits 1952 groß angekündigt wurde. Bisher

ist jedoch nichts geschehen. Der Redner spricht sodann über die Verhältnisse in den Altersheimen. Den alten Leuten müßte der Aufenthalt gemütlicher und angenehmer gestaltet werden. Die Modernisierung geht aber hier leider in dem gleichen Schneckentempo vorwärts, wie die der städtischen Krankenanstalten. Eine dringende Forderung sei die Unterteilung der großen Massensäle in den Altersheimen.

GR. Lauscher stellt einen Beschluß- und Resolutionsantrag auf gesetzliche Verankerung der 13. Monatsrente für Dauerbefürsorgte. Sie dürfe keine einmalige Leistung bleiben, sondern müsse den Hilfsbedürftigen unserer Stadt für dauernd gesichert werden. Ein weiterer Antrag fordert eine Erhöhung der Richtsätze für die Dauerbefürsorgten um mindestens 10 Prozent. Diese zehn Prozent machen ungefähr den Betrag aus, der sich durch die geringere Zahl der Befürsorgten ergibt. Die letzte Festsetzung der Richtsätze erfolgte am 1. April 1953, seither haben sich die Lebenshaltungskosten jedoch bedeutend erhöht. Eine grundsätzliche Forderung seiner Fraktion ist die Angleichung der Richtsätze der Gemeindebefürsorgten an die der Invalidenversicherung.

Wenn davon gesprochen wurde, wegen der geringen Zahl der Befürsorgten einige Fürsorgeämter zusammenzulegen, muß darauf verwiesen werden, daß man dies in weit auseinanderliegenden Gebieten tunlichst vermeiden soll.

Im übrigen erwarte seine Fraktion die Zustimmung zu ihren Anträgen, denn sie sind im Interesse der Kinder, der berufstätigen Frauen und Mütter, der schulentlassenen Jugend und der alten Leute dieser Stadt.

Bürgermeister Jonas unterbricht um 17.30 Uhr die Beratungen über die Ansätze der Geschäftsgruppe für das Wohlfahrtswesen. Sie werden am Montag um 9 Uhr wieder aufgenommen.

- - -

Die letzte Ruhestätte für Maria Eis

=====

18. Dezember (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, hat das Kulturamt der Stadt Wien für Kammerschauspielerin Maria Eis, die heute unerwartet verschieden ist, ein Grab in bevorzugter Lage gewidmet.

- - -